

Und was ist mit Erdgas-Pkw?

Zum Artikel „Magistrat plant Gratisparken für E-Autos“ vom Donnerstag, 15. Februar 2018:

Erstaunlich, dass in Marburg Planwirtschaft Einzug halten soll.

Warum erhalten Erdgas-Fahrzeuge, die unter Cradle-to-Grave-Betrachtungsweise bis zum Kilometerstand von 100 000 sauberer sind als mit deutschem Strom-Mix betriebene BEV (Batterie-elektrische Fahrzeuge) und bis zu ihrem Lebensende auch sauberer als PHEV (Plug-Ins), kein Gratisparken?

Warum gibt es keine technologie-offene Entscheidung, zum Beispiel zugunsten aller Fahrzeuge mit einer bestimmten THG-Emissionsminderungsleistung?

Sticht Ideologie Fachwissen?
Michael Feldmann,
Marburg

Es gibt keine Fußgänger mehr

Zur Diskussion über Anbindungsalternativen in Marburg:

„Eine oder mehrere Rolltreppen im Bereich Augustinergasse: Viel zu aufwendig, viel zu teuer sowohl in der Anschaffung als auch im Unterhalt.“

Und wo bleiben dann Steinweg und Neustadt?

Über das Parkhaus gelangt man zwar vom Steinweg und Neustadt bequem hinab. Aber wer den Berg hinuntergeht, muss ihn ja auch wieder erklimmen.

In Marburg mit seiner besonderen Topografie war es von Anfang an irrsinnig – wenn auch seinerzeit höchst modern – eine Fußgängerzone im Bereich der kleineren Ladenlokale einzurichten. Deren Sterben war voraussehen, aber leider war man zur Erkennung der Folgen zu verblendet.

Die billigste und einfachste Methode: Schafft diesen Irrtum der Geschichte einfach wieder ab. Es gibt schon lange keine Fußgänger mehr, die vor Autos zu schützen wären. Die sind alle abgewandert, zwar in Städte mit Fußgängerzone, aber ohne steile Berge. Einen Versuch wäre es wert.“

Kirsten Pfeiffer-Ehlebrecht,
Marburg

Ein Armutszeugnis unserer Tierschützer

Zum Artikel „Pony stirbt bei Scheunenbrand“ vom 12. Februar 2018:

„Pony stirbt bei Scheunenbrand“ – dergleichen geschieht auch hierzulande allenthalben.

Denn noch immer folgt unsere herkömmliche Nutztierhaltung einer Tradition qualvollen Unheils, sprich Stall und Scheune unter einem Dach zu einen. Das ist bequem und wirtschaftlich, jedoch unverantwortlich. Und dazu wohl gesetzeskonform.

Ein Armutszeugnis unseres Tierschutzes – erbärmlich.
Dr. Hans-Heinrich Körle,
Marburg

Stellen Sie das Fahrrad wieder auf!

Zum Thema „Weißes Fahrrad in der Bahnhofstraße“:

Fast jeden Arbeitstag bin ich mit dem Fahrrad an dem weißen Fahrrad in der Bahnhofstraße vorbeigefahren. Dabei habe ich, sehr geehrte Frau Schaffner und sehr geehrter Herr Bürgermeister Stötzel, an alle, die an diesen tragischen Unfall beteiligt waren, gedacht. Für den Lkw-Fahrer und die Augenzeugen hoffe ich, dass sie eine wirksame Therapie erhalten, der Tod der Studentin ist nicht therapierbar! Ich denke dabei auch an meine Kinder, die fahrradfahrend in große-

ren Städten unterwegs sind und sie sind immer entsetzt, welch aufgeheiztes Klima in Marburg zwischen Auto- und Fahrrad-fahrenden herrscht. Dies kennen sie aus ihren Studienstädten so nicht.

Zukunftweisende Verkehrspolitik nötig

Hier sehe ich die Aufgabe der gewählten Vertreterinnen und Vertreter im Stadtparlament, mit einer zukunftsweisenden Verkehrspolitik für Sicherheit, Umweltschutz und ein respektvolles Miteinander zu sorgen. Solange die „Fahrradlobby“

dargestellt wird als wäre sie eine militante Interessensvertretung einiger weniger, wird dies nicht gelingen. Aber vielleicht müssen wir Bürgerinnen und Bürger das einfach selbst in die Hand nehmen!

Wie wär's, wenn wir uns demnächst mal aus dem Auto, aus dem Bus, vom Fahrrad und zu Fuß freundlich zulächeln!

Und bitte, stellen Sie das weiße Fahrrad wieder auf, ich finde hier sollte Marburg nicht eine unruhliche Ausnahme unter allen Städten in Deutschland sein.

Dr. Sabine Hofmann,
Marburg



Ein weißes Fahrrad steht an einer Mauer in der Marburger Bahnhofstraße. An dieser Stelle verunglückte eine Studentin mit ihrem Rad tödlich am 1. Februar 2017. Archivfoto: Thorsten Richter

Wünsche mir, dass die Stadt Anreize schafft

Zum Kommentar von Jan Schmitz „Weniger Autos, weniger Menschen“:

Im Samstags-Kommentar schreibt Jan Schmitz richtig, dass eine Stadt wie Marburg eine angemessene Verkehrsinfrastruktur braucht. So eine Infrastruktur ist natürlich Aufgabe der öffentlichen Hand, und dafür zahlen alle gerne Steuern.

Aber mir scheint, dass Schmitz mit „Verkehrsinfrastruktur“ nur die Bereitstellung von Straßen meint, für deren Nutzung dann jeder privat in eigene Autos investiert.

Verkehrsinfrastruktur kann jedoch auch ein gutes Busnetz sein. Radwege und Leihräder können dazu gehören. Und die verschiedenen Verkehrsmittel könnten klug miteinander vernetzt werden: Ein gut erreichbarer Parkplatz für Einpendler mit guter Anbindung per Bus in die Innenstadt und zu Arbeits-

plätzen wäre auch Verkehrsinfrastruktur.

Der individuelle Autoverkehr ist für eine Stadt wie Marburg objektiv sicher der schlechteste Verkehr: Er hinterlässt die meisten Abgase je gefahrenem Personenkilometer. Er verbraucht den meisten Platz – fahrend wie stehend. Und Platz ist offensichtlich begrenzt. Er macht den meisten Lärm und ist am gefährlichsten.

Und nicht zuletzt: Er hat hohe Zugangshürden. Minderjährige können daran nicht selbstständig teilnehmen. Wer das Geld für Führerschein und Autokauf nicht aufbringen kann, ebenfalls nicht.

Diese Wahrheit darf natürlich nicht dazu führen, Menschen zu beschimpfen, die in ein Auto investiert haben, weil die Struktur für andere Verkehrsarten mangelhaft ist oder weil sie durch politische Anreize dazu verleitet wurden.

Ich wünsche mir, dass die

Stadt echte Anreize zum Umstieg schafft, denn tatsächlich bedeutet jedes Auto weniger ein Stück Stau weniger. Und ich wünsche mir, dass die örtliche Lokalzeitung das in voller Vielfalt darstellt und nicht nur aus der Perspektive hinter einer Windschutzscheibe; sondern lieber auch mal visionär, wie es sein könnte. Nicht alle besitzen ein eigenes Auto.

Viele leiden unter dem Autoverkehr. Und ich bin gespannt, ob im Sommer einige die Brückensperrung als wunderbare Entlastung erleben werden, so wie es beim Umbau von Ketzertal und Marbacher Weg vor einigen Jahren geschah, als die Anwohner erst fürchteten, die Baustelle würde sie vom Rest des Lebens abschneiden, aber dann abends die Ruhe und den Platz genossen – bis der Verkehr wieder floss.

Stefan Diefenbach-Trommer,
Marburg

Lässt sich gar nicht verdrängen

Zur Entfernung des weißen Fahrrades in der Bahnhofstraße:

Herr Stötzel schreibt in seiner Stellungnahme zur Entfernung des weißen Fahrrades in der Bahnhofstraße, dass „dort lebende und arbeitende Menschen ihr traumatisches Erlebnis verarbeiten möchten, ohne dauerhaft daran erinnert zu werden“.

Wie stellt er sich das vor? Verdrängen? So tun, als wäre da nichts gewesen? Aus den Augen – aus dem Sinn? Das hat noch nie nachhaltig funktioniert.

Mir geht es eher so, dass ich beim Radfahren ständig mit künftig absehbaren Verkehrsunfällen konfrontiert werde und sich das gar nicht verdrängen lässt, weil ich beinahe täglich Schilderungen von anderen Radfahrern oder Fußgängern über Beinahe-Unfälle und auch Unfälle vorgesetzt bekomme. Diese Gefahr ist real und liegt nicht in der Vergangenheit.

Es müssten grundlegende Veränderungen, zum Beispiel in der Bahnhofstraße, aber auch an anderen Stellen in der Stadt, vorgenommen werden, um Bürger vor diesen traumatisierenden Erlebnissen zu schützen.

Stattdessen ruft die Stadt Schüler dazu auf, mit dem Fahrrad zur Schule zu fahren, weil eine Brücke saniert werden muss, ohne vorher die Bedingungen zu schaffen, dass diese Kinder auch auf sicheren Radwegen in der Schule ankommen.

Mein Mitgefühl gilt den Angehörigen, Freunden und Helfern künftiger Opfer dieser verfehlten Verkehrspolitik.

Und es ist nicht so, dass die Stadt selten die Namen der Eigentümer von im öffentlichen Raum ganz legal abgestellten Fahrrädern kennt? Es gibt klare Regeln, wie die Stadt mit solchen Rädern umgehen darf.

Alles weitere wäre Diebstahl.
Monika Frisch,
Marburg

Ich bin erschüttert

Ebenfalls zur Entfernung des weißen Fahrrades in der Bahnhofstraße:

So sieht sie also aus, die geistig-moralische Wende, die uns die neue Politik in Marburg beschert.

Ich bin erschüttert. Und schäme mich gegenüber den Angehörigen und den Freundinnen und Freunden der Getöteten.

Ohne Dialog und dann mit Halb Wahrheiten, und es nicht drastischer auszudrücken, ein Mahnmal abräumen lassen, an dem wir zum Jahrestag des Todes der Studierenden unlängst noch ein würdiges Gedenken abhielten (die OP berichtete)! Unfassbar!

Der Gipfel der Infamie jedoch bleibt der christdemokratischen Abgeordneten Schaffner vorbehalten, die da (OP vom 15. Februar 2018) – von Unkenntnis geprägt – in die Welt setzt, das Unglück werde seitens „einer Rad-Lobby als Plattform genutzt, um sich selbst in einem strahlenden Licht zu präsentieren und gleichzeitig Autofahrer als Buhmänner zu verteuflern“.

Und: An den Lkw-Fahrer denke niemand.

In der Tat wurde des Lkw-Fahrers in mehreren Beiträgen am 1. Februar am Unfallort gedacht, und dies mit sehr großer Empathie.

Und: Eine Fahrrad-Lobby hätte ich gerne, die mich auf meinen schmalen Reifen gegen den stinkenden und lärmenden Motorverkehr mit immer mehr der Panzer-artigen SUV wirksamer schützt!

Einer dpa-Meldung (vom 10. Februar 2018) entnahm ich übrigens die Nachricht, dass die Stadt Brüssel, mit einer Marburg vergleichbaren Bausubstanz versehen, von den Menschen zu schweigen, schwere Lkw aus ihrem historischen Stadtkern verbannt hat.

Dies war, neben der nach einer auch Fahrrad-freundlichen Umgestaltung von Bahnhof- und Elisabethstraße, eine der Kernforderungen unserer Kundgebung am Mahnmal der verstorbenen Studentin.

Ich bitte entschieden um mehr Respekt!

Dr. Johannes M. Becker,
Marburg

Einfach nur traurig

Ein Dank an die vielen Hilfskräfte, die im Alltag viel für Ihre Mitmenschen leisten und doch zu wenig Würdigung erfahren:

Kürzlich konnte man auf dem Titelblatt der OP lesen, dass über tausend Lehrer fehlen. Das war schon letztes Jahr aktuell. Bedauerlich.

Es fehlen aber ebenso über tausend Ärzte. Besorgniserregend.

Es fehlen ebenso über tausend Pflegekräfte in den Kliniken. Beängstigend.

Es fehlen tausende von Altenpflegern und Hilfspersonal in den Altersheimen. Einfach nur traurig.

Und die Polizei ist unterbesetzt. Unfassbar.

Überall herrscht Personalmangel

Feuerwehr, DRK, THW, all die vielen anderen Einsatzkräfte, klagen über Personalmangel.

Und nicht zu vergessen die Richter und Staatsanwälte, die in ihren Aktenbergen betreffend Asylanträgen und der

„Aufarbeitung“ der zurzeit besonders ins Gespräch kommenden „sexuellen Übergriffe“ erstickten. Auch seine Hilfen.

Und so sollte man all diesen Menschen, die jederzeit für uns Mitmenschen da sind, uns helfen, ihr eigenes Leben für ihre Mitmenschen auf's Spiel setzen, ohne die wir im Chaos versinken würden, öfter mal ein „Dankeschön“ sagen und ihre Arbeit würdigen und anerkennen.

Selbst in den Medien vermisste man, besonders zum Jahreswechsel, wo auf großen bunten Fotos „Ehrenamtliche“ namentlich hervorgehoben wurden, den Verdienst auch der städtischen Bediensteten, die unseren Dreck entsorgen, unsere Straßen eis- und schneefrei halten und viele andere ungenannten Helfer, die nicht im Blick der Öffentlichkeit stehen.

Einen herzlichen Dank an alle, die uns helfen und jederzeit für uns da sind, trotzdem sie durch Arbeitskräfte-Mangel auf fast allen Gebieten das Doppelte und noch mehr leisten müssen.

Marga Stafunsky,
Marburg

Krankheitserfindungen dienen der Neurekrutierung

Zum Beitrag vom 12. Februar 2018 „Zahnerkrankungen können andere Krankheiten auslösen“:

Wenn Teile der Berichterstattung über die Bürgerversammlung des Fachbereichs Medizin der Marburger Universität am Rosenmontag zutreffen, dann haben wir es einmal mehr mit dem systematischen Erfinden von Krankheiten im zahnmedizinischen Bereich zu tun.

Es fehlt jegliche wissenschaftliche Evidenz, dass Zahnstellungsanomalien und/oder Kieferfehlstellungen, insbesondere der Kreuzbiss von Patienten/-innen, etwa Schwierigkeiten mit der Schulter, mit Skoliose, mit dem Becken, mit der Beinlänge, mit dem Fußgewöl-

be auslösen würden oder sogar nächtliches Bettnässen initiieren können. Krankheitserfindungen dienen sowohl in der Medizin als auch in der Zahnmedizin regelhaft zur Neurekrutierung von Patienten/-innen und nicht zuletzt zu Überdiagnostik sowie Übertherapie.

Dieser Weg ermöglicht die Ausweitung der Honorare durch außervertragliche Leistungen, Zuzahlungen und so weiter bei den Leistungsanbietern.

Auch wenn einige Zahnstellungsanomalien und/oder Kieferfehlstellungen wissenschaftlich belastbar als Krankheiten im Sinne der Reichsversicherungsordnung (RVO) anerkannt sind, steht die kieferorthopädische Behandlung vorrangig in einem Zusammenhang mit äs-

thetischen Kriterien im Rahmen eines willkürlichen Schönheitsideals. Diese Behandlungen sind ihrerseits zum Teil nicht ohne relevante Risiken und Nebenwirkungen.

Die sozialversicherte Bevölkerung kann froh sein, dass die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) für Behandlungen von dieserart professionell „beobachteten“ pseudo-pathologischen Zusammenhängen und Erscheinungsformen keine Versichertenbeiträge bereitstellt, denn selbst der unbehandelt gebliebene Kreuzbiss führt nach den bisherigen wissenschaftlichen Erkenntnissen weder zu kurzen Beinen noch zu nächtlichem Bettnässen oder dergleichen.

Dr. Wolfgang Kirchhoff,
Marburg